

Politische Gespräche in lockerer Atmosphäre

Zum diesjährigen Sommerempfang der Kassenärztlichen Vereinigung und Ärztekammer Nordrhein fanden rund 450 Gäste aus Nah und Fern den Weg ins Düsseldorfer Haus der Ärzteschaft.

von Jürgen Brenn

So langsam kann man von einer Tradition im politischen Düsseldorf reden: Seit 2004 laden abwechselnd die Ärztekammer Nordrhein und die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Nordrhein zu ihrem Sommerempfang in das Haus der Ärzteschaft ein. Auch dieses Jahr folgten rund 450 Gäste aus Politik und Gesundheitswesen der Einladung. Sie nutzten die Gelegenheit, in lockerer Atmosphäre Kontakte zu pflegen, neue zu knüpfen oder sich bei einem alkoholfreien Cocktail und begleitet von den Klängen des Musikensembles Indigo Jazzlounge über die aktuellen gesundheitspolitischen Themen auszutauschen.

Beim Thema Konvergenz auf einer Linie

Ausdrücklich bedankte sich Dr. Peter Potthoff, Vorsitzender des Vorstandes der KV Nordrhein, bei Landesgesundheitsministerin Barbara Steffens für deren Einsatz beim Thema Konvergenz, also einer Anhebung der Vergütung auf Bundesniveau, auch wenn der Plan, bundesweit einheitliche Verhältnisse zu etablieren, misslungen sei, wie der KV-Vorsitzende feststellte. Landesgesundheitsministerium und die KVen Nordrhein und Westfalen-Lippe setzen sich gemeinsam für einheitliche Vergütungsverhältnisse für Vertragsärzte in ganz Deutschland ein, um so die Ungleichbehandlung zu Lasten der Kassenärzte in Nordrhein-Westfalen aufzuheben. Steffens sprach in diesem Zusammenhang von einem „Standortnachteil“ für Nordrhein-Westfalen, der so nicht sein dürfe. Mit Bedauern stellte Potthoff allerdings fest, dass das geplante Versorgungsstrukturgesetz keine Regelungen zur Konvergenz enthalte. Es sei zu befürchten, dass dies eine Festschreibung der ungleichen Verhältnisse auf lange Zeit bedeutet. „Das wollen wir nicht hinnehmen“, sagte



Barbara Steffens, NRW-Gesundheitsministerin: Keine Lösung des Wartezeitenproblems ist es, Strafen jedweder Art gegen Ärzte anzudrohen. Foto: MGEPA

Potthoff. Zwar sei die Resonanz auf Bundesebene, auf die Situation in NRW hinzuweisen, zufriedenstellend gewesen, „auch wenn das entsprechende Ergebnis noch ausbleibt“, sagte der KV-Vorsitzende. Gesundheitsministerin Steffens ergänzte: Es sei klar, dass diejenigen KVen, die zugunsten von Nordrhein-Westfalen Honoraranteile abgeben müssten, dies nicht tun wollen. „Der Streit wird nicht schnell zu gewinnen sein, und wir müssen ihn mit der entsprechenden Vehemenz führen“, sagte Steffens.

Demografiefeste Versorgungsstrukturen

Steffens betonte die Notwendigkeit, demografiefeste Versorgungsstrukturen zu schaffen. Dabei helfe das geplante Versorgungsstrukturgesetz den Ländern nur bedingt. Notwendig sei, die Sektorengrenzen soweit zu überwinden, dass sich die Planung am Bedarf der Menschen orientiere. Zur ambulanten spezialärztlichen Versorgung, die durch den Gesetzentwurf eingeführt werden soll, sagte Potthoff: „Die Be-



Rund 450 Gäste folgten der Einladung ins Haus der Ärzteschaft, um in entspannter Atmosphäre Kontaktpflege zu betreiben.

stimmungen sind gut gemeint, aber schlecht gemacht.“ Er befürchte, dass durch die neuen Regeln erhebliche Ressourcen unnötig verbraucht würden und letztlich eine neue KV aufgebaut werden müsse. „Wir lehnen die Regelungen in der jetzigen Form total ab“, stellte Potthoff klar. In dieser Haltung sieht er sich auch von den Ländern bestärkt, die der geplanten Neuordnung skeptisch gegenüberstehen. Dies bestätigte die Ministerin. Sie vermisse in dem Gesetzentwurf die Orientierung am Bedarf der Menschen, so Steffens.

Des „Problemthemas“ Wartezeiten wolle sich die KV Nordrhein annehmen und die Ursachen genau analysieren. „Danach werden wir den Dialog mit dem Ministerium suchen“, sagte der KV-Vorsitzende. Potthoff gab zu bedenken, dass eine Verkürzung der Wartezeiten zwangsläufig zu mehr Arzt-Patienten-Kontakten führen werde. Die Frage sei, ob dies die Lösung sein könne, so Potthoff. Er verwies darauf, dass Deutschland mit durchschnittlich 18 Arzt-Patienten-Kontakten pro Jahr bereits an der Weltspitze liege. Keine Lösung des Wartezeitenproblems sei es, Strafen jedweder Art gegen Ärzte anzudrohen, sagte Barbara Steffens. Sie lud dazu ein, sich die Versorgungsstrukturen und Gebiete genau anzusehen, in denen sehr hohe Wartezeiten auftreten, um nach gemeinsamen Lösungen zu suchen. „Aber wir müssen darüber reden, wie die Patienten versorgt werden. Dabei können auch in bestimmten Regionen Krankenhäuser eine Rolle spielen, wenn wir die Versorgung über die vorhandenen Strukturen nicht gewährleisten können“, sagte Steffens.

Gemeinsamkeiten betont

„Ich bin froh, in NRW Gesundheitsministerin zu sein“, sagte die Ministerin mit Blick auf das gute Klima, das ihrer Ansicht nach in Nordrhein-Westfalen unter den Akteuren im Gesundheitswesen herrscht. Sie hofft, dass sich die gemeinsamen guten Ansätze von Land, Ärzten und Pflegenden im Kampf gegen multiresistente Krankheitserreger wie dem MRSA-Erreger auch übertragen lassen auf den Umbau der Versorgungsstrukturen hin zu mehr Patientenorientierung.